

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 30 (1989)
Heft: 26

Artikel: Tendenzbefund
Autor: Bruderer, Georg / Bahr, Jerzy
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1093734>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Tendenzbefund

Im ehemaligen Sowjetlager sind die Dinge im Fluss. Auf welche Hauptmerkmale gilt es zu achten?

Von den fünf bewegten Gorbatschow-Jahren war das auslaufende Jahr besonders reich an Ereignissen, historisch genannten Tagungen, Regierungsbeschlüssen und Gesetzesentwürfen. In diesem Beitrag geht es nicht um deren Aufzählung und Einzelbewertung, sondern um die Trends. In welche Richtung weisen die Veränderungen in der Sowjetunion und in Osteuropa?

Die Entwicklung in der UdSSR und in ihren ehemaligen Satelliten hat eine gemeinsame Hauptsache: sie führt von der gehabten Ordnung weg. Indessen sind zugleich die Unterschiede deutlich geworden. Sie betreffen sowohl das Wesen als auch das Tempo der Veränderungen.

Sowjetunion

Machtstrukturen

Was die Machtstrukturen in der Sowjetunion angeht, sind seit Jahrzehnten drei Elemente als Grundpfeiler des Systems von erstrangiger Bedeutung: Parteiapparat, Sicherheitsdienst und Armee. In allen drei Fällen sind Veränderungen zu registrieren, die weitergehen können.

Die verfassungsmässig abgestützte Führungsrolle der *Partei* ist heute in Frage gestellt. Immer lauter und häufiger verlangen Volksdeputierte und Journalisten, Historiker und gewöhnliche Bürger die Abkehr von diesem Prinzip. Einige Sowjetrepubliken haben es sogar eigenmächtig abgeschafft. Der KPdSU-Generalsekretär selbst hält am Führungsanspruch der Partei zwar fest, aber erklärterweise nur aus Gründen zeitlicher Zweckdienlichkeit. Die Grundsatzdiskussion nennt er legitim.

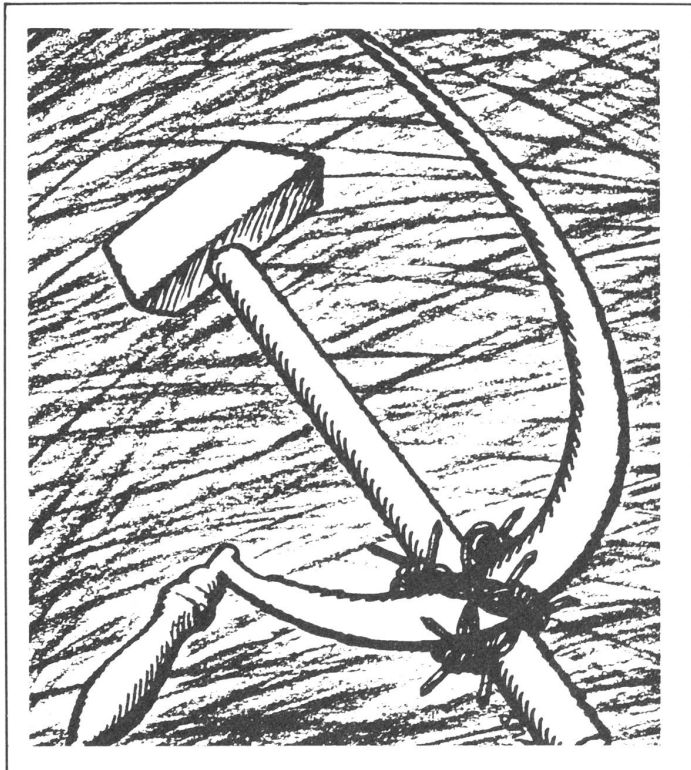
Der *Sicherheitsdienst*, das KGB, fühlt sich auf die Unterstützung der öffentlichen Meinung angewiesen. Die schon zuvor bestehende Rivalität zwischen KGB und MWD (Innenministerium) hat sich verschärft und manifestiert sich im Buhlen um die Gunst des Publikums. Beide Institutionen sind besonders schwer belastet. Das KGB verwirklichte den Terror der Stalinzeit und danach, das MWD ist bei ähnlicher Ausgangslage in der Breschnewzeit noch zum Protektor und Hauptbeispiel einer gigantischen Korruption geworden. Jetzt versuchen KGB und MWD einer breiten Öffentlichkeit zu beweisen, dass sie keine schmutzige Hände mehr haben.

Die *Armee* hat als Machtfaktor an Gewicht verloren. Zwar war der politische Einfluss der Militärs schon zuvor nie gross, aber die Armee war wenigstens als Instrument der Parteipolitik wichtig. Seit Beginn der Perestrojka ist die Bedeutung dieses Elementes in der Machtstruktur kontinuierlich kleiner geworden; der verlorene Afghanistankrieg und die Abrüstungspolitik haben zur Schrumpfung das Ihre beigetragen.

Ideologie

Die Befreiung von ideologischer Befangenheit verläuft mit unterschiedlicher Geschwindigkeit. In der Publizistik macht der Prozess raschere Fortschritte als in offiziellen Verlautbarungen, und es ist schwer, den momentanen Gültigkeitsanspruch der Lehre zu bestimmen. Einerseits ist man davon abgekommen, alles für sakrosankt zu halten, was bei Marx und Lenin steht, und andererseits belasten ideologische Muster die Vorstellungen auch der reformwilligsten Perestrojkamanager überraschend stark. Immerhin gehören zum sogenannten Neuen Denken auch Motive wie Marktwirtschaft und Privateigentum, Landbesitz für die Bauern und Unternehmerfreiheit für die Gewerbetreibenden.

Die Ideologie macht alle diese Fragen zu Reizthemen. Was den einen Entwicklung des Sozialismus ist, das ist den andern Verrat am Sozialismus. So besteht momentan eine Tendenz zum faulen Kompromiss, der die Verhältnisse nicht klärt, sondern verwischt. Zum Beispiel soll den Bauern das Land zur Verfügung gestellt werden, aber um Lenins willen nicht als Eigentum. Oder



«Sputnik», Moskau, Nr. 2/1989

man will unbedingt die Marktwirtschaft einführen, aber unbedingt sozialistisch soll sie sein. Was die sozialistische Marktwirtschaft ausmacht, das wissen die Gelehrten zwar nicht, aber sie halten daran fest: sozialistische Marktwirtschaft muss sein. Das gilt ebenso apodiktisch wie der Satz: Strafe muss sein.

Nationalitäten

National bedingte Probleme hat es in der Sowjetunion schon immer gegeben, und der Eindruck, sie seien aus dem Nichts plötzlich entstanden, würde trügen. Indessen trifft es zu, dass die praktizierte Glasnost sie offen in Erscheinung treten liess, und das wiederum hat sie verschärft. Das ist eine dominante Tendenz der Entwicklung in der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, und eine Trendumkehr ist nicht abzusehen.

Die Austragung der nationalen Gegensätze hat zum Teil auch neue Formen angenommen. Zum traditionellen Widerstand gegen die Russifizierung in den nationalen Sowjet-

republiken sind Konflikte unter den einzelnen Völkern und Völkerschaften hinzugekommen.

Auch die Reaktion der russischen Mehrheit auf das nationale Erwachen zeichnet sich ab, ein potentiell gefährlicher Faktor. Zusammen mit der Wiederaufwertung der früheren russischen Geschichte entsteht eine Tendenz, die Vormachtstellung der Grossrussen zu bewahren oder wiederherzustellen. Hier spielt die Reflexreaktion auf die Sezessionsbestrebungen in vielen Republiken. Sie nehmen stark zu und gefährden schon von sich aus den Bestand der Union, des Reiches. Nimmt man die Reaktion der beleidigten Russen hinzu (diese Tendenz ist immer noch erst in ihren Anfängen), erkennt man die Elemente einer existentiellen Krise. Wie abwendbar sie ist, wird sich weisen.

Wirtschaft

Es gibt kaum einen ausländischen Besucher in der Sowjetunion und kaum einen sowjetischen Besucher im Ausland, die nicht über-

einstimmend die Versorgungslage mit Lebensmitteln und Konsumgütern als kritisch bis katastrophal bezeichnen. Die Tendenz ist dabei eindeutig negativ und das Tempo der Verschlechterung nimmt rapid zu.

Es gibt zahlreiche Vorschläge und Empfehlungen von Wirtschaftsfachleuten, und es gibt auch Ansätze für Wirtschaftsreformen, aber die entsprechenden Gesetze sind mangelhaft konzipiert, enthalten nur halbe Massnahmen und neigen dazu, falsch ausgelegt zu sein und ausgeführt zu werden.

Man wird den Eindruck nicht los, dass mit der wiederholten offiziellen und ausführlichen Darstellung der Wirtschaftsmisere eine Schockwirkung beabsichtigt wird (auch hier: Tendenz). Gorbatschow und seine Reformer sehen in dieser Schockwirkung ein Mittel gegen die Trägheit der Massen, um sie zur aktiven Mitwirkung zu animieren. Die progressiven Elemente brauchen die Schockwirkung, um eine Beschleunigung der Perestrojka zu erreichen, und die Konservativen

DAS DOKUMENT

Parteien in der UdSSR

Obwohl Moskau ein Mehrparteiensystem nach wie vor ablehnt, haben einzelne Sowjetrepubliken infolge ihrer einseitigen Souveränitätserklärung bereits alternative politische Parteien auf ihrem Territorium zugelassen. Die sowjetische Zentralpresse legt gelassen deren Selbstdarstellung vor, wie der folgende Text aus «Neue Zeit», Moskau, Nr. 50/1989, zeigt.

1000 Sozialdemokraten

In Litauen fand der erste Parteitag der Sozialdemokratischen Partei statt. Diese Partei wurde bereits Ende des 19. Jh. in Litauen gegründet, doch 1936 von der bürgerlichen Regierung verboten. Das Verbot galt weiter unter der Sowjetmacht, und bis heute mussten unsere Mitglieder im Untergrund wirken. All diese Jahrzehnte gab es nur einzelne kleine Gruppen und Zirkel. Sie befassten

sich vor allem mit dem Studium sozialdemokratischer Literatur, die aus westlichen Ländern trotz Verbot in die UdSSR gelangte.

Doch glücklicherweise ändern sich die Zeiten. Ein Programmentwurf wurde verabschiedet, Führungsorgane wurden gewählt. Wir wollen der sozialdemokratischen Bewegung ihre anfänglichen Ideale, von denen Marx und Lenin sprachen, zurückgeben. In vielem erinnert unser Programmentwurf an das Programm der Kommunistischen Partei Litauens.

Jetzt hat die Sozialdemokratische Partei Litauens etwa 1000 Mitglieder. Während das in den Jahren der Illegalität vor allem Angehörige der Intelligenz waren, sind jetzt auch Arbeiter und Bauern stärker vertreten.

Das Wichtigste ist für uns die wirtschaftliche und politische Selbständigkeit der Republik. Das Gesetz über die wirtschaftliche Selbständigkeit ist bereits verabschiedet, doch es lässt sich schwer sagen, wie seine Verwirklichung aussehen wird: Es gibt noch kein Gesetz über den Boden, und das Gesetz über die Industriebetriebe ist, wie ich meine, sehr unklar gehalten.

Grundlage der wirtschaftlichen Selbständigkeit muss meiner Meinung nach sein, dass die Menschen das bekommen, was sie verdienen haben. Ihr Verdienst kann nur von den Ergebnissen ihrer Arbeit abhängen. Wir brauchen eine harte Währung – unter anderem auch, um gegen die im grossen Stil erfolgenden Touren von Einkaufstouristen vorgehen zu können. Polen, die DDR und die CSSR haben bereits entsprechende Massnahmen ergriffen. Auch wir müssen das

tun. Doch dafür brauchen wir, wie gesagt, eine eigene Währung. Wirtschaftswissenschaftler haben eine Vielzahl von Varianten erarbeitet, doch zu einer einheitlichen Meinung sind sie bislang nicht gekommen. Sozialdemokraten beteiligen sich ebenfalls an dieser Arbeit.

Was die politische Selbständigkeit angeht, so wird hier üblicherweise alles auf die Frage vereinfacht, ob wir Litauen ausserhalb oder innerhalb der Sowjetunion sehen wollen. Das ist eine komplizierte Frage. Natürlich muss es eine Union geben: Es wäre einfach undenkbar, alle Verbindungen zur UdSSR abzubrechen. Doch das muss eine prinzipiell andere Union sein.

Heute entwickeln sich unsere Beziehungen zur Kommunistischen Partei, zu den Behörden der Republik gut. Man erlaubte uns, den Parteitag durchzuführen und zu ihm ausländische Gäste einzuladen – Vertreter der Sozialdemokratie aus der BRD, Schweden, Dänemark, Polen, Belgien . . . Auch ehemalige Landsleute, die seinerzeit die Heimat verlassen mussten, kamen zum Parteitag. Doch bislang ist unsere Partei noch nicht offiziell registriert. Es gibt in unserem Land überhaupt kein Gesetz über die Parteienregistrierung. Grundsätzlich wird in Litauen die Möglichkeit eines Mehrparteiensystems anerkannt, doch wie, wo und von wem das Bestehen anderer Parteien zu registrieren ist – ein solcher Mechanismus fehlt. Ich meine, die Annahme eines Parteiengesetzes wäre nur berechtigt.

Mecislovas Saltenis
Verantwortlicher Sekretär der Sozialdemokratischen Partei Litauens

Kräfte hoffen mit der Schockwirkung durch den wirtschaftlichen Zusammenbruch die Reformfreudigkeit zu vermindern.

Massenmedien

Als Mittel zur Demonstration und Manifestation der Glasnost erfüllt namentlich die Presse ihre Aufgabe sehr gut. Als neue Tendenz ist das Wettstreiten der Presseorgane um die Gunst des Publikums festzustellen. Im Gegensatz zum früheren Einheitsstil und der Einseitigkeit der Information, kann man heute wesentliche Unterschiede zwischen den einzelnen Presseorganen feststellen und sie damit diesem oder jenem Reformflügel zuordnen. Noch deutlicher ist die Tendenz zum Pluralismus bei der heute geduldeten, also nicht illegalen, aber auch nicht offiziell anerkannten Presse (Hunderte von Zeitungen, Bulletins, Schriften, die von den unzähligen informellen Organisationen und Vereinen herausgegeben werden).

Ökologie

Entsprechend der allgemeinen Entwicklung in der Welt und nicht nur als Folge der Tschernobyl-Katastrophe ist in der letzten Zeit eine starke Zunahme des ökologischen Bewusstseins zu verzeichnen. Dies sowohl bei der Bevölkerung allgemein, als auch bei den Behörden und nicht nur als «Radiophobie», sondern auch andere Schadstoffemissionen betreffend. Diese Tendenz wird sich hoffentlich noch weiter entwickeln, denn es ist noch ein weiter Weg, bis das Umweltbewusstsein des Westens erreicht ist.

Sicherheitspolitik – Militärdoktrin

Da die Verwirklichung des «Neuen Denkens» in der sowjetischen Sicherheitspolitik

«Vorwärts!»
(«Dikobraz», Prag,
Nr. 48/1989)

logischerweise gewisse Zeit benötigt, darf und kann so manches im Bereich Abrüstung und der Strategie zunächst «nur» als Tendenz bezeichnet werden. Das betrifft vor allem die Grundelemente der Militärdoktrin: Übergang von der Angriffs- zur Verteidigungsstrategie. Im Land selbst sind im Bereich des Militärwesens verschiedene Tendenzen sichtbar:

– öffentliche, sogar demonstrative Zurückstellung der Militärführer,

– zunehmende Kritik wegen hoher Militärausgaben,

– Kritik wegen unwürdigen zwischenmenschlichen Beziehungen in der Armee (Schikanen gegenüber Angehörigen der nationalen Minderheiten und der Altdienstenden gegenüber den Neulingen),

– die Zahl der Dienstverweigerer nimmt rapid zu,
– das Ansehen der Armee und namentlich des Offizierstandes sinkt ständig weiter,

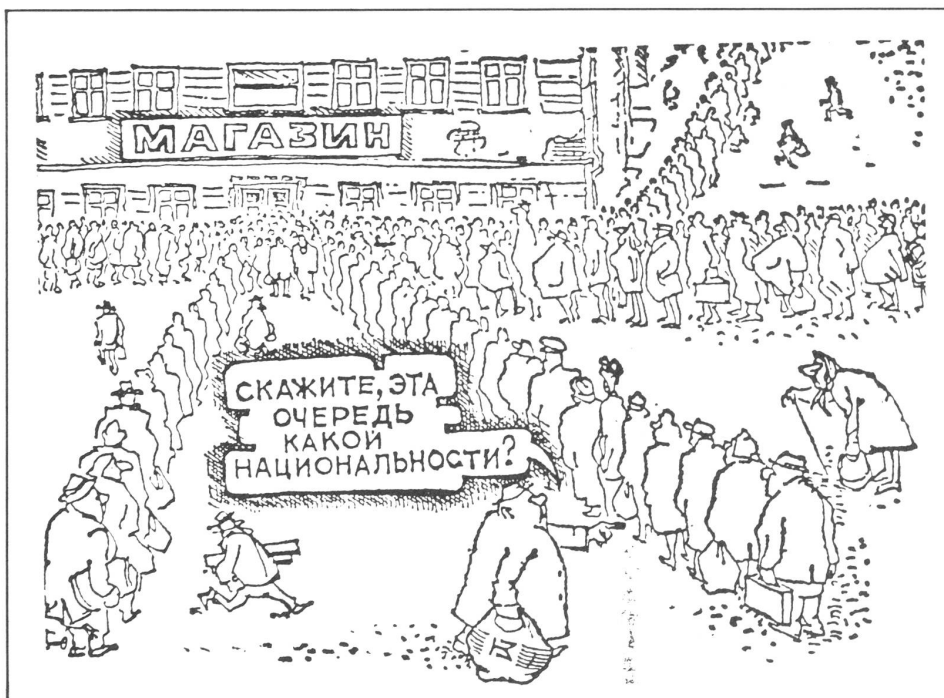
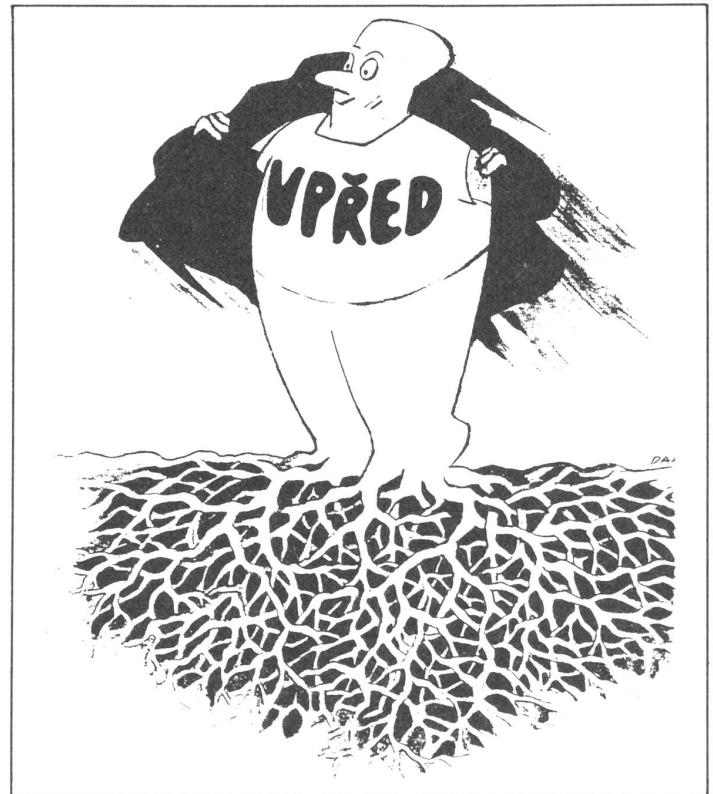
– zunehmende Diskussion über die Organisation der Armee (allgemeine Wehrpflicht oder Berufarmee, gemischte Einheiten oder republiksgeliebene Territorialeinheiten).

Die gestrigen Ostblockländer

Trotz zum Teil grosser Unterschiede in der bisherigen Entwicklung und im politischen und wirtschaftlichen Zustand der einzelnen Länder des Ostblocks, gibt es in ihrer heutigen Entwicklung viele Gemeinsamkeiten der Tendenzen:

– In allen diesen Ländern sind die eingetretenen Veränderungen die Folge der Perestrojka in der Sowjetunion, überall ist aber das Tempo der Erneuerung derart gross, dass in mancher Hinsicht die Sowjetunion überholt wird;

– Typisch ist dabei die Spontaneität, die Diszipliniertheit und die gewaltlose Art der Ablösung der Machtstrukturen. Es geht nicht um Umsturz, sondern vielmehr ist die Tendenz zur Auflösung der Strukturen. Die



«Pardon, was für eine Nationalität steht hier an?» («Literaturnaja Gaset», Moskau, Nr. 49/1989)

DER BUCHTIP

gestern noch so mächtigen Apparate und Instrumente der Macht (Partei, Sicherheitsdienst, Gewerkschaften, Komsomol usw.) lösen sich einfach auf und verschwinden.

– Überall ist die Tendenz zur Politik des «runden Tisches» erkennbar, also der Akzeptanz anderer politischer Gruppierungen und zu gleichzeitigem Verzicht auf die führende Rolle der Kommunistischen Partei.

– Zwischen einzelnen «Bruderländern» ist die Neigung zur Verschärfung bestehender nationaler oder ökologischer Konflikte bemerkbar. So im Verhältnis Ungarn–ČSSR, Polen–ČSSR, Rumänien–Ungarn, Bulgarien–Rumänien.

– Zu den Gemeinsamkeiten dieser Länder gehört die kritische wirtschaftliche Situation und damit verbunden ist die Neigung zur Absage an kommunistische Mythen und Dogmen einerseits und die Tendenz zur Öffnung gegenüber dem Westen andererseits.
– Zu den gemeinsamen Tendenzen gehören auch die Zurückhaltung beim Bau von AKW, die Verbesserung der Lage der Kirche und anderes mehr.

Daneben gibt es in der Politik der gestrigen Satelliten Erscheinungen und Tendenzen, die für einzelne Länder spezifisch sind. Das ist zum Beispiel das Problem der Wiedervereinigung Deutschlands, das in breiten Bevölkerungskreisen der DDR diskutiert wird. Das ist die Wiederaufnahme des Problems Bessarabiens durch Rumänien sowie seine rabiante und hysterische Haltung gegenüber Ungarn, wodurch Rumänien zu einem ernstesten Störfaktor im KSZE-Prozess geworden ist. Zu den länderspezifischen Tendenzen gehört die etwas unerwartete Neigung Polens zur Annäherung an die Sowjetunion.

Ausser diesen heute bestehenden Besonderheiten sind in Zukunft noch weitere zu erwarten. Deshalb ist hier eine differenzierte Betrachtungsweise und Beurteilung angezeigt.

Dies soll keine Bilanz der ersten Fünfjahresperiode Gorbatschows sein, sondern eher ein Katalog der als Folge der sowjetischen Perestrojka entstandenen und bestehenden offenen Fragen, Problemen, Absichten und Tendenzen. Die vielen Ereignisse und Tatsachen, mit denen wir konfrontiert und bombardiert werden, ermöglichen uns das Verständnis des Geschehens. Das Aufzeigen der Trends ermöglicht uns die Voraussicht auf die mögliche Entwicklung. ■

Christen im Sozialismus

J. Jürgen Seidel: «Neubeginn in der Kirche? Die evangelischen Landes- und Provinzialkirchen in der SBZ/DDR im gesellschaftspolitischen Kontext der Nachkriegszeit (1945–1953)». Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen 1989, 439 Seiten, Fr. 85.–

Es ist schwierig, für eine so gewaltige Aufklärungsdokumentation einen bescheideneren Titel zu finden als diesen, der in seiner thematisch und zeitlich eingeschränkten Fachkundlichkeit eine wissenschaftliche Abhandlung für Spezialisten verspricht. Diese ist in der Form denn auch gewährleistet. Aber was das Buch insgesamt hält, das ist eine im wörtlichen wie im übertragenen Sinn beispielhafte Erschliessung jener Epoche, in welcher die DDR entstand.

Das Land erwachte damals nach Krieg und Nationalsozialismus zu einem neuen Sozialismus, der sich graduell und systematisch als neue Diktatur offenbarte. Wie und wann reagierten Menschen in moralisch verantwortlicher Stellung auf diesen Vorgang? Wie konnten sie es überhaupt? Vorgelegt werden hierzu Dokumente (viele davon in Erstveröffentlichung) nur aus den Kreisen der evangelischen Kirchen, aber es sind übertragbare Verhaltensweisen, die sich uns da auftun, in ihrem ganzen Fächer zwischen Anpassung und Widerstand. Jedesmal mit der Frage nach dem bestmöglichen Nutzen oder nach dem geringsten Schaden für anvertraute Menschen verbunden.

Zudem gab es die Verführung, dass die neue Ordnung eine Sinngabe im Dienste von Frieden und Antifaschismus anbot. Sie warb um Verständnis und drohte mit Strafen erst im Verweigerungsfall. Das ermöglichte einen Anschluss, der die Wahrnehmung der eigenen Feigheit nicht erforderlich machte. Zudem erschwerten die vorverlegten semantischen Gleise jeden geistigen Austausch im Krieg der Worte. Vor seinen Mitbürgern als Friedensfeind dazustehen, wenn man der Friedensmacht opponierte, konnte schlimmer sein als eine Verhaftung, und der dialektische Gegenangriff war nicht jedem gegeben, der mit ehrlichen Worten für das Gute eintreten wollte.

Die Dokumentensammlung zeigt – nebst andersliegenden Beispielen freilich – viel bis überraschend viel kirchlichen Widerstand für die Jahre 1945 bis 1953, in der Sowjeti-

schen Besatzungszone (SBZ) bis 1949 und in der DDR danach. Der direkte Erfolg war unterschiedlich und insgesamt bescheiden, oft auf persönliche Auswirkungen beschränkt, um die es natürlich auch immer ging. Aber vielleicht ist die oppositionsschützende Rolle, zu der die Kirchen in der Spätzeit von Erich Honecker gefunden haben, zum Teil auch ein Erbe jenes frühen Widerstandes, für den es noch keine Opportunitätsgründe der unmittelbaren Zukunftserwartung gab.

Der Neubeginn der Kirche ist ein heutiges Thema in der Zeit des Aufbruchs zur Demokratie. Aber redlicherweise sollte es im Zusammenhang gesehen werden mit der Frage des Neubeginns damals, als der Sozialismus seinen totalen Anspruch auf die Gesellschaft und ihre menschlichen Bestandteile geltend machte. Als er ihn durchgesetzt hatte, kam die Formel von der Kirche «im» Sozialismus, von den Christen «im» Sozialismus. Das ist eine Formel, welche die Möglichkeiten von Billigung oder Ablehnung der Diktatur (eine andere Form des Sozialismus gab es nicht) gleicherweise einschliesst, eine Überbrückungsformel also für gegensätzliche Grundeinstellungen.

Heute sollte es eigentlich darum gehen, die Gegenpositionen hinter der bisherigen Verschalung sichtbar zu machen. Wer verhielt sich wie zur Diktatur? Nicht nur zu ihrem Machtmissbrauch, sondern zu ihrem Machtgebrauch im Sinne ihres Systems, ihrer Grundordnung. Das ist eine Frage nicht nur an die *Christen* dort und nicht nur an die *Christen dort*. Das Verständnis für die Floskel vom Christen «im» Sozialismus, die keinerlei Ortungshilfe zwischen Diktatur und Demokratie bietet, hatte schliesslich bis in die jüngste Zeit seine satte Verbreitung im Westen. Mit diesem Motiv verhält es sich ähnlich wie mit dem Motiv des Dialogs. Wenn ein Dialog mit diktatorischen Machthabern geführt wird, kann er die Stärkung oder die Schwächung der Diktatur bezwecken; beides ist möglich. Welche der beiden gegensätzlichen Positionen gemeint ist, sollte mit Eindeutigkeit *dann* sichtbar werden, wenn der Dialog geführt wird; die nachträgliche Feststellung zugunsten der Siegerposition ist doch etwas zu leicht.

Das vorliegende Buch ist vor dem Sturz von Erich Honecker geschrieben und zusammen-